

Dr. Johannes Knollmeyer, stellv. Vorsitzender der Fraktion BAVC/HDE

Die Rückkehr zur Sitzung in Anwesenheit wird von uns gleichermaßen hoch wertgeschätzt: Und wenn wir uns hier in Mainz treffen, dann möchte ich in Erinnerung rufen, dass unweit von hier die Firma BioNTech angesiedelt ist. BioNTech ist es in kürzester Zeit gelungen, einen Corona-Impfstoff zu entwickeln, und dann im nationalen Netzwerk große Impfstoffmengen zu produzieren. Damit konnte eine Impfkampagne schnell in Gang kommen. Eine Weiterentwicklung des Impfstoffes, wird gegen Omikron schützen. Er befindet sich im fortgeschrittenen Entwicklungsstadium. Die Firma sitzt an der Postanschrift „An der Goldgrube 5“. Das ist auch bezeichnend. Die Stadt Mainz war lange hoch verschuldet, und nun steht der Oberbürgermeister vor dem Problem, das viele der Stadt nun zufließende Geld sinnvoll auszugeben.

Auch wir danken der Verwaltung herzlich dafür, dass sie an diesem schönen Ort diese Tagung unter den obwaltenden Bedingungen sehr angemessen organisiert hat.

Die wirtschaftliche Perspektive trübt sich weiter ein und damit auch die Stabilität der Sozialsysteme. Die Bundesregierung steht vor der Herkulesaufgabe, die Systeme und deren Finanzierung auf eine neue und langfristig tragfähige Basis zu stellen.

In diesem Kontext möchte ich noch einen Einschub machen. Herr Zöller und ich waren in der vergangenen Woche zur Tagung der Deutsch-Schweizerischen-Gesellschaft für Gesundheitspolitik. Dort hat Herbert Rebscher ausgeführt, wir sollten nicht von Steuerzuschüssen sprechen, sondern besser von einer steuerbasierten Ausgabenfinanzierung. Die Krankenkassen erhalten Steuermittel für Ihnen zugewiesene Aufgaben. Die Steuerzuschüsse decken die Kosten bei weitem nicht.

Die gerade bekannt gewordenen Pläne für die Finanzen der Kranken- und Pflegeversicherungen taugen nicht dazu, die Erhöhung der Zusatzbeiträge, das Plündern der Rücklagen und auch Verschuldung zu verhindern. Es mangelt den Plänen an Nachhaltigkeit. Der Mangel an Fachkräften entfaltet seine Wirkung in der Pflege, in der Verfügbarkeit von Krankenhausbetten. Auch auf Reisen begegnen uns die Defizite überall, egal ob mit Bahn, Flugzeug oder mit dem Auto. Es klemmt und das beeinträchtigt die wirtschaftliche Entwicklung. Die von Minister Lauterbach abgegebene Leistungsgarantie wird nicht halten. Am Ende des Tages wird es zu Reduktionen von Leistungsangeboten und auch zu Erschwernissen im Zugang zum System kommen, wenn die Maßnahmen wie geplant umgesetzt werden.

Viele parallel auftretende Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung wie steigende Inflationsraten, steigende Zinsen, gestörte Lieferketten, Verfügbarkeit und Umweltverträglichkeit der eingesetzten Energien trüben die Aussichten auf eine Erholung der

Konjunktur deutlich ein. Und das trifft auch besonders die beiden Branchen, für die wir im Verwaltungsrat sitzen. Das trifft den Handel und die Chemie, die sehr stark von intakten Lieferketten und kontinuierlichem Energiebezug abhängig sind. Die Wirtschaftsforschungsinstitute senken die Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland immer weiter ab. Die Sozialausgaben steigen auf ein Rekordniveau von über 40 Prozent. Und sie werden weiter steigen. Denn mit den Darlehen werden die Folgen auf die folgenden Jahre übertragen. Und wo dann das Geld herkommt? Ich kann es nicht erkennen. Babyboomer gehen in den Ruhestand und tragen dann in den allermeisten Fällen nur noch mit dem halben Beitragssatz auf die niedrigeren Altersbezüge zur Finanzierung der Krankenversicherung bei. Auch das wirkt sich auf die Beitragseinnahmen der Kranken- und Pflegekassen aus. An dieser Stelle danken wir Andreas Storm herzlich dafür, dass es ihm mit Unterstützung von Studienergebnissen gelungen ist, die Politik und die Öffentlichkeit auf den drohenden Beitragssunami rechtzeitig aufmerksam zu machen und auch konkrete Vorschläge zur Bewältigung unterbereitet hat. Jeder hat die Lage verstanden und die ausgesprochenen Warnungen sind sehr real.

Seit Mittwoch kennen wir die Pläne für die künftige Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge und der Pflegeversicherungsbeiträge im Jahre 2023. Es hat vielfältige Kritik darangegeben. Ich möchte nicht im Einzelnen darauf eingehen. Das wäre eine Wiederholung dessen, was schon gesagt wurde. Aber wie kommen wir aus diesem Dilemma heraus? Wir brauchen wirkliche Reformen. Im Krankenhausbereich läuft die Diskussion seit über 20 Jahren. Die Strukturdaten belegen, dass zu wenig passiert ist. Das darf nicht so weitergehen. Für uns ist auch klar, dass Strukturreformen Geld kosten. Aber es wäre gut angelegtes Geld. Denn die Strukturreformen sind überfällig. Jedes weitere Warten vergrößert das Problem. Das ist dem Wirtschaftsstandort Deutschland nicht zuträglich. Der Zufluss von Steuermitteln zum Gesundheitssystem folgt der Kassenlage. Aktuell gilt das Primat der Schuldenbremse und das limitiert die Mittelzuweisungen. Und wer badet es aus? Die Beitragszahler. Die Beitragszahler sind Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam. Und daher sollten wir in diesem zentralen Anliegen am gleichen Strang und in die gleiche Richtung ziehen.

Die versicherungsfremden Leistungen sind präzise zu beziffern. Eine sachgerechte Finanzierung aus den jeweils zuständigen Ressorts ergäbe ein Beitragssenkungspotenzial. Wir würden es begrüßen, wenn diese strukturellen Reformen und die Bereinigung der Aufgaben und deren Finanzierung konsequent angegangen werden. Das ist aus unserer Sicht, neben der Bewältigung des Reformstaus vordringlich.

Es ist nicht nur das Krankenhaus. Die Digitalisierung, Öffentlicher Gesundheitsdienst oder auch die von uns schon vor drei Jahren geforderte Neuregelung der Vergütung im

Krankenhausbereich. Auch dort ist nichts passiert. Nur kleine Schraubchen wurden gedreht, aber wirkliche Reformen haben nicht stattgefunden. Die Doppelung der Versorgungsstrukturen existiert fort. Deswegen unser Appel: nicht mit Kommissionen die Probleme in die Zukunft schieben, sondern anfangen und umsetzen! Das ist das Gebot der Stunde.

Ich habe noch ein persönliches Anliegen. Es wurde ja auch bereits Bunt statt blau angesprochen. Es geht um die Freigabe von Cannabis.

Die Koalitionspartner haben sich auf die Freigabe von Cannabis verständigt. Ziel ist es, - und das ist probat – die Kriminalisierung der Cannabis Konsumenten zu vermeiden und Gerichte und JVA's zu entlasten. Aber es ist auch wahr, dass das Risiko des Cannabis Konsums von namhaften Fachwissenschaftlern und zuletzt auch von den Vereinten Nationen als erheblich eingestuft wird. Wir fordern daher die Politik auf, den gesundheitlichen Risiken des Cannabis Konsums ausreichend Beachtung zu schenken und besonders darauf, dass keine weitere Ausweitung des Konsums und besonders dem Umstieg auf härtere Drogen nicht der Weg gebahnt wird. Das ist ein Risiko, das wir für sehr real erachten. Denn am Ende tragen die Krankenkassen die Lasten, um die medizinische Versorgung einschließlich der Substitution der Drogenabhängigen zu organisieren. Erschwerend kommt hinzu, dass substituierende Ärzte mehrheitlich der älteren Generation angehören. Viele haben schon aufgehört zu substituieren. Viele geben ihre Praxen auf. Das heißt, die Drogenabhängigen haben keine adäquaten Ansprechpartner mehr vor Ort. Was die Resozialisierung enorm erschwert. Deswegen unser Gedanke, mit Bunt statt blau nicht nur das Alkoholproblem zu thematisieren, sondern auch eine Kampagne in Richtung Prävention des Drogenkonsums zu denken. Das Problem ist erheblich. Es wird häufig unter den Teppich gekehrt. In vielen Innenstädte ist die Brisanz der Drogenproblematik offenkundig.

Zum Schluss noch einige Bemerkungen von uns Arbeitgebervertretern in eigener Sache. Wir sind als kleine Gruppe in den Entscheidungsgremien der DAK Gesundheit mit nur wenigen Stimmen ausgestattet. In vielen Gremien wie dem GKV Spitzenverband, dem GBA, dem IQWiG Beirat oder auch dem AGS fehlt die Stimme der Arbeitgeber der DAK Gesundheit. Punktuell hat uns die DAK Mitgliedergemeinschaft Sitze überantwortet. Dafür möchten wir uns bedanken. Wir glauben, dass es in Zeiten wie diesen von großer Wichtigkeit ist, uns als Arbeitgebervertreter an den Entscheidungsgängen dieser Kasse der Tradition der Sozialpartnerschaft folgend angemessen zu beteiligen. Jede weitere Verkürzung unserer Mitwirkungsmöglichkeiten schwächt die DAK Gesundheit im Wettbewerb und beeinträchtigt die Bildung eines positiven Images. Der Vorstand hat das Thema der Fusion angesprochen. In paritätisch besetzten Verwaltungsräten wird sehr aufmerksam auf die Stellung der Arbeitgebervertreter im Verwaltungsrat geachtet. Die Beteiligung der Vertreter der

Arbeitgeber einschließlich der Mandatsverteilung können in Fusionsverhandlungen vor dem Hintergrund verfügbarer alternativen relevant werden. Künftige Entscheidungen über die von der Selbstverwaltung in der DAK-Gesundheit ausgeübten Mandate, müssen dem Prinzip der Sozialpartnerschaft Rechnung tragen. Wir bitten Sie, diese Argumente angemessen in Ihre Überlegungen mit einzubeziehen, besonders wenn die Weiterentwicklung der Satzung des Verwaltungsrates in dieser Krankenkasse auf der Agenda steht.“